

**Kreisvorstand Mannheim**  
DIE LINKE

T 6, 37  
68161 Mannheim

Telefon: 0621-1227218

Fax: 0621-4017139

info@dielinke-ma.de

Mannheim, den 14.11.2016

**DIE LINKE Kreisverband Mannheim**  
**MdB Michael Schlecht, StadträtInnen Gökay Akbulut und Thomas Trüper**

c/o  
Die LINKE Kreisverband Mannheim  
T6, 37  
68161 Mannheim

**An die Belegschaft, den Betriebsrat und die Vertrauensleute  
von General Electric Mannheim-Käfertal**

**Solidaritätserklärung für den Betriebsrat, die Vertrauensleute und die  
Belegschaft von GE Mannheim-Käfertal**

Mannheim, 12. November 2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Kreisparteitag der LINKEN Mannheim will Euch folgende Solidaritätserklärung überbringen, unterstützt vom Bundestagsabgeordneten Michael Schlecht und den StadträtInnen Gökay Thomas Trüper und Gökay Akbulut, die heute vom Kreisparteitag zur Kandidatin für die Bundestagswahl 2017 für den Wahlkreis Mannheim nominiert worden ist.

Die aktuelle Entwicklung bei General Electric erfüllt uns mit großer Sorge. Der geplante Personalabbau in Mannheim mit 1066 Arbeitsplätzen und die komplette Schließung der Fabrik sollen durchgeführt werden, ohne dass in irgendeiner Weise auf die Alternativvorschläge des Betriebsrats und der IG Metall eingegangen wäre.

Die Geschäftsleitung von GE erklärte die Verhandlungen mit dem Betriebsrat einseitig für beendet. Weiterhin werde sie die Rückstellungen bei GE für einen Sozialplan auflösen, wenn es nicht noch im November zu einer Einigung bei Interessenausgleich/Sozialplan käme. Außerdem würden die bisherigen Konditionen für Altersteilzeit nicht mehr angeboten. Mit dieser unverhohlenen Drohung sollen Belegschaft und Betriebsrat zum Aufgeben gezwungen werden.

Die Geschäftsleitung will mit aller Härte ihre Pläne durchsetzen und ist auch nicht bereit, andere Optionen zum Erhalt der Arbeitsplätze wie der Verkauf an eine Investorengruppe ernsthaft zu prüfen. Offensichtlich geht es ihr nur darum, zur Profitsteigerung massenhaft Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten zu vernichten.

Nicht nur die Beschäftigten, auch die politische Parteien und andere gesellschaftlichen Organisationen, sollten sich damit auseinandersetzen, wie solche maßlosen Konzerninteressen in die Schranken verwiesen werden können. Die Sozialbindung des Grundgesetz Artikel 14.2 „Eigentum verpflichtet“ könnte hierfür ein Mittel sein.

Wir werden alles tun, was uns möglich ist, um euren Kampf zu unterstützen.

Wir fordern die Geschäftsleitung von GE auf, den geplanten Abbau der Arbeitsplätze und die geplante Schließung der Turbinenfabrik in Mannheim-Käfertal zu revidieren und mit Betriebsrat und Gewerkschaft über Alternativen zu verhandeln.

Mit solidarischen Grüßen

Hilke Hochheiden  
Dennis Ulas  
KreissprecherInnen der LINKEN Kreisverband Mannheim

----